

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 16. Sitzung (Sondersitzung) des Rates findet am

Mittwoch, 31.08.2022, 16:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 1.** Bürgerbegehren "Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule!"
Entscheidung über den Antrag auf Vorprüfung

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 18.08.2022

Wolfgang Cavelius
I. Beigeordneter

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 16. Sitzung des Rates

vom: **31.08.2022**

von: **16:00 Uhr**

bis: **16:50 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen	als Vorsitzender
Stv Becker, Melanie	
Stv Bell, Achim	
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Stv Bleckmann, Lisa	
Stv Böcking, Verena	
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Dil, Yilmaz	
Stv Dylong, Barbara	
Stv Eberlein, Birgit	
Stv Eckhardt, Klaus	
Stv Englert, Franz	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Grisse, Robert	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Harnacke, Maik	
Stv Heilmann, Martin	
Stv Helm, Martin	
Stv Heupel, Rüdiger	
Stv Hof, Felix	

1. stellv. BM Jung, Angela
Stv Klein, Henning
Stv Klein, Marc
Stv Köckritz, Anja Alexandra
Stv Könen, Wolfgang Max
Stv Kraft, Florian
Stv Krumm, Heike
Stv Langer, Günther
Stv Lechthaler, Tim
Stv Mäckeler, Bernd
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Nüchtern, Markus
Stv Patt, Alexander
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Reifenrath, Frank
Stv Rompf, Jürgen
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin
Stv Schneider, Silke
Stv Schoew, Torsten
Stv Schwarzer, Michael
Stv Shirley, Julia
Stv Six, Annette
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Stahl, Peter H.
Stv Steffe, Roland
Stv Steuber, Hartmut
Stv Stinner, Jürgen
Stv Thimm, Heiko
Stv Tigges, Johannes
Stv Wagener, Tanja
Stv Walter, Klaus Volker
Stv Weber, Frank
Stv Wittenburg, Samuel

Aufgrund besonderer Einladung

Frau Drößler
Herr Petin
Herr Hellbach

Von der Verwaltung:

StK Cavelius
Dezernent Schmidt

Städt. Lt. RD Schneider-Reimann
Städt. VD Werthenbach
VA Dr. Schutz
StAR Munker

Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Boller, Joachim
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah
Stv Kamieth, Jens
Stv Keßler, Silvia
Stv König, Svenja
Stv Lorenz, Reiner
Stv Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Schmidt, Sabrina
Stv Schulz, Jürgen
Stv Schwarz, Sibylle
Stv Zybill, Dr. Christian

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden Frau Barbara Dylong und Herr Bernd Mäckeler als neue Mitglieder des Rates vereidigt.

**1. Bürgerbegehren "Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule!"
Entscheidung über den Antrag auf Vorprüfung**

Vorlage Nr. VL 1020/2022

Die Vertreter des Bürgerbegehrens, Frau Drößler, Herr Petin und Herr Hellbach, erläutern umfassend ihr Anliegen.

Die SPD-Fraktion bestätigt die Initiierung eines Bürgerbegehrens als ein in der Gemeindeordnung verankertes Recht, welches zur Stärkung der Demokratie beiträgt, erklärt Herr Pfeiffer. Daher kann man dieses formal unterstützen, ausdrücklich aber nicht inhaltlich folgen. Die schulpolitische Realität wird auch weiterhin durch das Wahlverhalten der Eltern bestimmt.

Frau Pflogsch hält fest, auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürworte das Bürgerbegehren als demokratisches Element, stehe aber inhaltlich zu dem Ratsbeschluss vom 15.06.2022. Sie hält es für wichtig, schnellstmöglich für alle Beteiligten Klarheit zu schaffen. Würde die Vorlage heute abgelehnt, könnte es zu Verzögerungen durch juristische Prüfungen kommen, was als unzumutbar erachtet wird. Die Anmeldezahlen in den vergangenen

Jahren haben immer wieder den Trend zu einer vierten Gesamtschule aufgezeigt, wogegen die Anmeldungen an der Hauptschule wiederholt unter den Mindestanforderungen lagen bzw. liegen. Generell müssen für eine stabile Schullandschaft die Möglichkeiten für eine aktive Gestaltung geschaffen werden, anstatt immer wieder nur zu reagieren. Die möglichen Folgen eines positiven Entscheids müssen im Verfahren offen und transparent dargelegt werden.

Die Linken stehen generell für Bürgerbeteiligung und begrüßen ein aktives Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger, erklärt Frau Schneider. Der angestrebte Bürgerentscheid ist jedoch in mehrerer Hinsicht mit Mängeln behaftet. Der Abstimmungstext beinhaltet nicht, welche Schulen konkret erhalten werden sollen sondern vermittelt den Eindruck, ein System erhalten zu wollen. Das jetzige System werde aber der Realität nicht gerecht. Darüber hinaus könne an einem Bürgerentscheid eine für die Schulfrage maßgebliche Bevölkerungsgruppe nicht teilnehmen, da sie die formalen Voraussetzungen nicht erfülle. Dieser Punkt sei zugegebener Maßen vom Rat nicht zu lösen.

Herr M. Klein teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion der Stimme enthalten wird. Ein Bürgerbegehren sei ein anerkanntes demokratisches Element und grundsätzlich zulässig. Inhaltlich würde sich beim Erhalt der Haupt- und Realschulen aber langfristig keine Veränderung zu dem ergeben, was Anlass für die zurückliegende Ratsentscheidung war. Die Anmeldezahlen lassen nicht erwarten, langfristig den Betrieb dieser Schulen sicherzustellen.

Herr Steffe verweist auf die Programmatik der AfD für mehr Teilhabe der Bürger an den Entscheidungen in der Kommune. Sie ist gegen eine einseitige Förderung der Gesamtschulen zu Lasten der Haupt- und Realschulen und wünscht, die schulische Vielfalt mit Differenzierung und individueller Förderung zu erhalten.

Herr H. Klein erachtet das Anliegen der Petenten für unzulässig, da es in die originären Rechte des Rates eingreift. Der Rat kann seines Erachtens nicht gezwungen werden die Schulen zu erhalten, auch wenn keine entsprechenden Schülerzahlen vorhanden sind. Er sieht keinen Grund, den Rechtsweg zu vermeiden.

Bürgermeister Mues merkt an, dass Schulfragen nicht im Vorbehaltskatalog des Rates in der Gemeindeordnung enthalten sind. Die verwaltungsseitig bestehenden Bedenken zur Zulässigkeit dieses Bürgerbegehrens seien in der Vorlage dargelegt. In der Abwägung schlage man eine formale Anerkennung vor, um ein möglicher Weise zeitraubendes Klageverfahren zu vermeiden. Angesichts eines Schreibens der anwaltlichen Vertretung der Petenten, welches ihm aber erst nach Sitzungsbeginn bekannt wurde wäre auch ein anderer Vorschlag nicht ausgeschlossen gewesen.

Herr Werthenbach verliest sodann das genannte Schreiben, in dem die Kostenschätzung als nicht korrekt bezeichnet wird, da in dieser der Erhalt der Achenbacher Schule sowie der Realschulen Am Oberen Schloss und Auf der Morgenröthe genannt sind. Die Stadt Siegen werde aufgefordert, (Zitat) „die Fragestellung des Bürgerbegehrens nicht eigenmächtig abzuändern und eine Kostenschätzung vorzulegen, die auch den Erhalt einzelner Schulen und damit den Entfall zusätzlicher Gebäude zutreffend abbildet“.

Bürgermeister Mues hält fest, dass die Verwaltung lediglich vorgeschlagen habe, die genannte Ergänzung vorzunehmen, um die Fragestellung konkreter zu formulieren. Wenn nun aber die Frage der Kostenschätzung so interpretiert werde, alle möglichen denkbaren Varianten zu berechnen, werde die Fragestellung zunehmend unkonkret.

Die Volt-Fraktion spreche sich klar für eine vierte Gesamtschule aus, da die Fakten dafür sprechen, so Herr Wittenburg. Die Initiierung des Bürgerbegehrens sei sachlich zulässig, mache aber die Schülerinnen und Schüler zum Spielball der Politik. Er werde dem Verwaltungsvorschlag letztlich zustimmen, auch um einen langen Rechtsstreit zu verhindern.

Ein Bürgerbegehren sei ein Instrument gelebter Demokratie und die UWG-Fraktion werde diesem zustimmen, auch wenn inhaltlich andere Auffassungen bestehen, erklärt Herr Bertelmann. In diesem Fall werde das Ansinnen jedoch unterstützt. Eine Enthaltung sei der Sache nicht dienlich.

Herr Walter und Herr Sondermann schließen sich für die FDP-Fraktion und die GfS-Fraktion ihrem Vorredner an.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen stellt im Rahmen des Vorprüfungsantrages fest, dass das am 20.06.2022 angezeigte Bürgerbegehren "Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule!" zulässig ist.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (4 Stimmen dagegen), mehrere Enthaltungen

16. Rat 31.08.2022

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1 und 2

Siegen, 15.08.2022

Bereich: Büro Bürgermeister/Recht und Versicherungen

Bearbeitet von: Frau Irle/Herr Werthenbach/Frau Dr. Schneider-Reimann

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

31.08.2022

Kurzbezeichnung:

**Bürgerbegehren "Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule!"
Entscheidung über den Antrag auf Vorprüfung**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen stellt im Rahmen des Vorprüfungsantrages fest, dass das am 20.06.2022 angezeigte Bürgerbegehren "Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule!" zulässig ist.

Sachverhalt / Begründung:

Frau Sandra Drößler, Herr Michael Petin und Herr Hermann J. Hellbach haben am 20.06.2022 die Durchführung eines Bürgerbegehrens gemäß § 26 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) angezeigt (Anlage 1). Die Bezeichnung des Bürgerbegehrens lautet:

"Keine Schulschließungen zugunsten einer weiteren Gesamtschule!"

Die zur Abstimmung zu bringende Frage lautet:

"Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?"

Gemäß § 26 Abs. 2 GO NRW ist die Verwaltung in den Grenzen ihrer Verwaltungskraft ihren Bürgerinnen und Bürgern bei der Einleitung eines Bürgerbegehrens behilflich und teilt den Vertretungsberechtigten schriftlich eine Einschätzung der mit der Durchführung der verlangten Maßnahme verbundenen Kosten (Kostenschätzung) mit.

In der Folge eines Gesprächstermins am 20.06.2022 (Anzeige Durchführung eines Bürgerbegehrens) unter Beteiligung der Vertretungsberechtigten Frau Sandra Drößler, Herrn Michael Petin und Herr Hermann J. Hellbach mit Herrn Bürgermeister Steffen Mues sowie des Büroleiters Herrn Johannes Werthenbach wurde den benannten Vertretungsberechtigten ein Informationsschreiben vom 06.07.2022 mit Angaben zum Datenschutz, Informationen zum Ablauf des Verfahrens und der Möglichkeit einer Teilzulässigkeitsprüfung sowie der Kostenschätzung der Verwaltung (Anlage 2) am 07.07.2022 persönlich zugestellt. Mit den Antragstellern wurden mehrere Telefonate geführt. Die von der Verwaltung ermittelte und mit Schreiben vom 06.07.2022 an die Vertretungsberechtigten zugestellte Kostenschätzung lautet wie folgt:

Bürgerbegehren

„Erhalt der Achenbacher Schule sowie der Realschulen Am Oberen Schloss und Auf der Morgenröthe“

*Die nachstehende Kostenschätzung bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2022 und den dazu im Haushaltsplan veranschlagten Aufwendungen für den Betrieb der o.a. Schulen. Allein für das Haushaltsjahr 2022 sind für die **Achenbacher Schule, die Realschule Am Oberen Schloss und die Realschule Auf der Morgenröthe** Aufwendungen in Höhe von insgesamt **4.471.440 €** kalkuliert. Es kann festgehalten werden, dass diese Kosten bei der Fortführung der o.g. Schulen – unter Beibehaltung der jetzigen Standorte und keiner Nutzung durch die Gesamtschule - auch in den Folgejahren im Haushalt der Stadt Siegen eingeplant werden müssen. Sie setzen sich wie folgt zusammen.*

<u>Investive Mittel</u> z.B. für Mobiliar, Medienentwicklungsplanung, bewegliches Vermögen und Lehrmittel, ...	394.600,00 €
<u>Konsumtive Mittel</u> u.a. für Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, bilanzielle Abschreibungen, Betriebskosten, ...	4.076.840,00 €
Insgesamt	4.471.440,00 €

Anmerkung:

Zum Gebäudebetrieb im engeren Sinn gehören Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Hausverwaltung, Energieversorgung, Abfallentsorgung, Versicherung der Gebäude. Zuwendungen/Fördergelder wurden nicht berücksichtigt und ausschließlich städtische Eigenmittel ausgewiesen.

Aufwendungen für eine 4. Gesamtschule

Nachrichtlich wird mitgeteilt, dass auch für den Betrieb der 4. Gesamtschule in Siegen Aufwendungen zusätzlich zur oben genannten Kostenkalkulation in den Haushaltsfolgejahren berücksichtigt werden müssen. Wird diese 4. Gesamtschule betrieben, werden, mit Blick auf die im Haushaltsplan 2022 für die drei bestehenden Gesamtschulen hinterlegten Haushaltsansätze, für die neue Gesamtschule Aufwendungen in Höhe von rund 2.320.560,00 €, davon investive Mittel in Höhe 449.300 €, davon konsumtive Mittel in Höhe von 1.871.260 €, geschätzt. Bei Erhalt der Hauptschule Achenbach und der beiden Realschulen entstehen diese Aufwendungen zusätzlich zu den oben dargelegten Kosten. Nicht berücksichtigt sind darin Finanzmittel für etwaige bauliche Anpassungen, wenn weitere Räumlichkeiten (Klassen- und Fachräume) am Standort Rosterberg notwendig werden, sofern der Standort in Achenbach weiterhin der Hauptschule Achenbach und nicht wie vom Rat beschlossen der neuen Gesamtschule zur Verfügung steht. Ebenso wenig sind in die Kostenschätzung Aufwendungen für eine möglicherweise ergänzende Erstausrüstung mit Mobiliar, Lehr- und Lernmittel einkalkuliert. Wie auch in der Kostenschätzung für die Hauptschule Achenbach und den beiden Realschulen wurden die Aufwendungen für den Gebäudebetrieb (u.a. Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Hausverwal-

tung, Energieversorgung Abfallentsorgung, Versicherung der Gebäude) aus dem gebuchten Haushaltsjahr 2020 entnommen. Zuwendungen/Fördergelder bleiben ebenso unberücksichtigt. Ausgewiesen werden ausschließlich städtische Eigenmittel.

Am 13.07.2022 wurde von Frau Sandra Drößler und Herrn Hermann J. Hellmann die Vorprüfung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens (Anlage 3) mit einer Unterschriftenliste mit insgesamt 30 Unterschriften und den Unterschriften der Vertretungsberechtigten beantragt.

Am 16.08.2022 hat der Vertretungsberechtigte Michael Petin per E-Mail nochmals die vorbereitete, aber nicht ausgefüllte Unterschriftenliste in optisch leicht veränderter Anordnung per E-Mail übersandt und um Mitteilung von möglichen Änderungsvorschlägen gebeten. Zudem wurde darum gebeten, den Termin, an dem die 3-Monatsfrist für die Einreichung des Bürgerbegehrens endet, mitzuteilen. Weiter wurde gefragt, ob die bislang eingereichten 30 Unterschriften bereits bei der einzureichenden Unterschriftenzahl berücksichtigt werden.

Mit E-Mail vom 19.08.2022 wurde Herrn Petin mitgeteilt, dass sich Änderungsvorschläge seitens der Stadt nicht ergeben. Die Fristberechnung erfolgt verwaltungsseitig und wird noch mitgeteilt. Bestätigt wurde, dass die bereits eingereichten Stimmen bei der Gesamtstimmenzahl berücksichtigt werden. Weiterhin wurde den Begehrenden die Verwaltungsvorlage per E-Mail zugeleitet und wurden sie nochmals zur Sondersitzung des Rates eingeladen.

Dem Antrag auf Vorprüfung durch den Rat der Universitätsstadt Siegen müssen gemäß § 26 Abs. 2 S. 8 GO NRW folgende Unterlagen und Informationen beigelegt sein:

- Benennung und Unterzeichnung der Vertretungsberechtigten
- die zur Entscheidung zu bringende Frage des Bürgerbegehrens
- die Kostenschätzung der Verwaltung
- Unterschriften von mindestens 25 Bürgerinnen und Bürgern

Rechtliche Prüfung des Antrages:

1. Zuständigkeit des Rates und Angelegenheit der Gemeinde gem. 26 Abs. 1 S. 1 GO NRW

Der Rat ist gemäß § 41 Abs. 1 S. 1 GO NRW für alle Angelegenheiten der Gemeinde zuständig, sofern nichts Abweichendes in der GO NRW geregelt ist. Dies ist nicht der Fall, so dass die sachliche Zuständigkeit des Rates gegeben ist.

Da das Bürgerbegehren die Siegener Schullandschaft betrifft, ist auch die örtliche Zuständigkeit des Rates gegeben.

2. Abschließender Negativkatalog des § 26 Abs. 5 GO NRW

Im Negativkatalog des § 26 Abs. 5 GO NRW sind Themen abschließend aufgeführt, zu denen ein Bürgerbegehren nicht zulässig ist.

Die Entscheidung über den Erhalt von Haupt- und Realschulen gehört nicht zu den Ausschluss-themen des Negativkataloges.

Zudem dürfen Bürgerbegehren nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die innerhalb der letzten zwei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid durchgeführt worden ist.

Im Bereich der Stadt Siegen wurde bislang kein Bürgerentscheid in diesem Zusammenhang durchgeführt.

3. Zulässigkeit der Fragestellung

Die mit einem Bürgerbegehren zur Entscheidung zu bringende Frage muss hinreichend bestimmt sein.

Sie muss sich eindeutig mit "Ja" oder "Nein" beantworten lassen. Darüber hinaus müssen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Bürgerbegehrens schon aus der Fragestellung klar erkennen können, wofür sie mit ihrer Unterschrift stimmen, ohne auf die Erläuterung des Bürgerbegehrens zurückgreifen zu müssen.

Das Bürgerbegehren soll gemäß des Antrages vom 20.06.2022 folgende Abstimmungsfrage enthalten:

„Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?“

Diese Fragestellung ist in sich widerspruchsfrei, inhaltlich nachvollziehbar und aus sich heraus verständlich. Sie kann mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden.

Den Initiatoren des Bürgerbegehrens geht es um den Erhalt der mehrgliedrigen Schullandschaft in Siegen.

Weiterhin erforderlich ist allerdings auch, dass der angestrebte Bürgerentscheid die abschließende Entscheidung über eine Angelegenheit der Gemeinde im Sinne einer konkreten Sachentscheidung trifft. Dies folgt aus § 26 Abs. 1 S. 1 GO NRW, wonach die Bürger mit einem Bürgerentscheid selbst anstelle des Rates über eine Angelegenheit der Gemeinde entscheiden. Ein Bürgerbegehren darf also nicht lediglich darauf gerichtet sein, dem Rat generelle Vorgaben für eine von ihm noch zu treffende Entscheidung zu machen. Das Bürgerbegehren muss vielmehr selbst eine abschließende Regelung der betreffenden Angelegenheit beinhalten.

Dies könnte hier zweifelhaft sein, da die Fragestellung nicht genau vorgibt, wie genau der Erhalt der Vielfalt der Schullandschaft in Siegen bewerkstelligt werden soll. Das betrifft insbesondere den Umgang mit den beiden derzeit in Siegen noch bestehenden zwei Realschulen. Weiterhin stellt sich auch die Frage nach der Umsetzbarkeit von Ziffer 1 des Ratsbeschlusses vom 15.06.2022 zur Errichtung der vierten Gesamtschule bei einem Erfolg des Bürgerentscheides. Den Initiatoren des Bürgerbegehrens war deshalb im Vorfeld verwaltungsseitig vorgeschlagen worden, die Fragestellung zu konkretisieren, in dem sie um ein „die“

ergänzt wird. Dies wurde jedoch abgelehnt. Objektiv betrachtet verlangt das Begehren also nicht den Erhalt aller bestehender Haupt- und Realschulen in Siegen.

Allerdings wurde es in der Rechtsprechung in Einzelfällen auch bereits für zulässig erachtet, dass Grundsatzbeschlüsse, die noch der Ausführung und Ausfüllung durch spätere Detailentscheidungen bedürfen, durch Bürgerentscheid getroffen werden können. Die Anforderungen an eine zulässige Fragestellung dürfen – eben unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Entscheidung im Rahmen eines Bürgerentscheides getroffen werden soll – auch nicht überspannt werden.

4. Begründung

Ein Bürgerbegehren muss eine Begründung enthalten, die die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner über den Sachverhalt samt Argumenten der Initiatoren informieren. Tragende Elemente der Begründung müssen korrekt wiedergegeben werden, wesentliche Elemente dürfen nicht verschwiegen werden. Die Begründung wird den Unterschriften beigelegt und ist daher in kurzer Form ausreichend.

Die Begründung ist dem Begehren beigelegt und enthält keine falschen Angaben oder Inhalte. Die für die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger wesentlichen Tatsachen sind zutreffend.

5. Kostenschätzung

Nach § 26 Abs. 2 S. 5 GO NRW muss die Verwaltung den Vertretungsberechtigten nach der Anzeige über die beabsichtigte Durchführung eines Bürgerbegehrens eine Einschätzung der mit der Durchführung der verlangten Maßnahme verbundenen Kosten schriftlich mitteilen.

Diese Kostenschätzung muss unverändert und vollständig übernommen werden und sich auf jeder Unterschriftenliste wiederfinden.

Die erforderliche Kostenschätzung der Verwaltung ist den Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens mit Schreiben vom 06.07.2022, zugestellt am 07.07.2022, bekanntgegeben worden.

Die Kostenschätzung der Verwaltung wurde unverändert auf die Unterschriftenlisten übernommen.

6. Benennung von Vertreterinnen und Vertretern

Das Bürgerbegehren muss bis zu drei Bürgerinnen und Bürger benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten.

Für das Bürgerbegehren "Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule!" wurden Frau Sandra Drößler, Herr Michael Petin und Herr Hermann J. Hellbach benannt.

Die drei genannten Vertretungsberechtigten sind Bürgerin und Bürger der Stadt Siegen und somit vertretungsberechtigt.

7. Unterzeichnungslisten

Die Liste mit den Unterzeichnungen muss den vollen Wortlaut des Begehrens enthalten.

Nach § 26 Abs. 2 GO NRW gehören hierzu:

- die Frage,
- die Begründung,
- die Vertretungsbenennung,
- die Kostenschätzung der Verwaltung,
- Eintragungsspalten, welche die Person der Unterzeichnenden nach Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift zweifelsfrei erkennen lassen.

Die v. g. Bestandteile müssen sich auf jeder Unterzeichnungsliste befinden.

Alle Bestandteile sind auf den eingereichten Unterzeichnungslisten vorhanden.

8. Unterschriften von mindestens 25 Bürgerinnen und Bürgern

Der Vorprüfungsantrag über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens ist gemäß § 26 Abs. 2 S. 8 GO NRW von mindestens 25 Bürgerinnen und Bürgern zu unterzeichnen.

Die eingereichten Unterschriftenlisten wurden seitens der Verwaltung unter Zuhilfenahme von Meldedaten geprüft. Am 13.07.2022 wurden insgesamt 30 Unterschriften abzüglich einer Unterschrift eines Nichtbürgers der Stadt Siegen, also 29 gültige Unterschriften eingereicht. Die Unterschriften der Vertretungsberechtigten sind in der Liste nicht enthalten. Die schon eingereichten gültigen 29 Unterschriften werden, wie oben aufgeführt, bei der späteren Unterschriftensammlung berücksichtigt und angerechnet.

9. Ausschlussfrist für Bürgerbegehren gegen einen Ratsbeschluss

Soweit sich ein Bürgerbegehren gegen einen Beschluss des Rates richtet, ist das Bürgerbegehren nach § 26 Abs. 3 GO NRW an Fristen gebunden. Bei Beschlüssen, die nicht einer Bekanntmachung bedürfen, gilt eine Frist von drei Monaten nach dem Sitzungstag.

Das Bürgerbegehren richtet sich gegen den nicht bekanntmachungspflichtigen Ratsbeschluss vom 15.06.2022, Vorlage Nr. VL 946/2022. Demnach beginnt grundsätzlich die Ausschlussfrist von drei Monaten am 15.06.2022 und würde am 14.09.2022 enden.

Zu beachten ist jedoch die in § 26 Abs. 3 GO NRW enthaltene Regelung zur Hemmung des Fristablaufs.

Danach ist bis zur Mitteilung der Kostenschätzung durch die Verwaltung der Lauf der Frist zur Einreichung unterbrochen. Ebenfalls ist nach einem Vorprüfungsantrag der Ablauf der

Fristen bis zur Entscheidung des Rates, der über den Vorprüfungsantrag gem. § 26 Abs. 2 S. 9 GO NRW innerhalb von acht Wochen zu entscheiden hat, gehemmt.

Das Ende der Ausschlussfrist wird noch mitgeteilt.

10. Ergebnis der Vorprüfung

Wie oben unter Ziffer 3 dargestellt, könnte man die Zulässigkeit der Fragestellung in Zweifel ziehen. Die konkret formulierte Frage befindet sich jedoch in einem Spannungsfeld zwischen einem (zulässigen) Grundsatzbeschluss und einem (unzulässigen) bloßen politischen Appell.

Würde der Rat die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens feststellen, ist damit zu rechnen, dass die Initiatoren diese Entscheidung gerichtlich überprüfen lassen würden. Wie die Gerichte entscheiden werden, lässt sich in Ansehung der bisher zu diesem Themenkomplex ergangenen Rechtsprechung nicht verlässlich prognostizieren, da die Anforderungen an eine zulässige Fragestellung auch nicht überspannt werden dürfen.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung vor, das Bürgerbegehren für zulässig zu erklären.

Sämtliche übrigen formalen Voraussetzungen sind erfüllt. Auf eine inhaltliche Zustimmung zu dem Bürgerbegehren kommt es nicht an.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 - Anzeige Bürgerbegehren](#)
2. [Anlage 2 - Mitteilung über die Durchführung eines Bürgerbegehrens](#)
3. [Anlage 3 - Antrag auf Vorprüfung der Zulässigkeit](#)

Michael Petin
Stettiner Str. 15
57072 Siegen

Siegen, 20. Juni 2022

Bürgermeister der Universitätsstadt Siegen
Herr Mues
z. Hd. Frau Irle
Markt 2
57072 Siegen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues, sehr geehrte Frau Irle,

hiermit teilen wir Ihnen mit, dass wir beabsichtigen, ein Bürgerbegehren (§ 26, Abs. 2, GO NRW) durchzuführen.

Das Bürgerbegehren soll sich gegen die Entscheidung des Rates der Stadt Siegen zur Gründung einer vierten Gesamtschule und die damit verbundenen Schulschließungen richten. Der Textvorschlag des angestrebten Bürgerbegehrens liegt diesem Schreiben bei.

Bzgl. der genauen Gestaltung des Bürgerbegehrens hinsichtlich Kostenschätzung, Vorgaben für die Unterschriftenlisten, Datenschutzhinweisen etc. bitten wir um ein baldiges Beratungsgespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Petin
Stettiner Str. 15
57072 Siegen

Sandra Dröbler
Leimbachstr. 236
57074 Siegen

Hermann J. Hellmann
Elbinger Str. 2
57072 Siegen

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift das Bürgerbegehren

Keine Schulschließungen zugunsten einer weiteren Gesamtschule!

Schulvielfalt in Siegen

und beantrage mit meiner Unterschrift, dass die Bürgerinnen und Bürger der Universitätsstadt Siegen in einem Bürgerentscheid über die folgende Frage entscheiden:

Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?

Begründung:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat in seiner Sitzung am 15. Juni 2022 beschlossen, eine vierte Gesamtschule in Siegen zu gründen. Die Entscheidung wird aus unserer Sicht damit begründet, dass der Wunsch von Eltern ihr Kind an einer Gesamtschule anzumelden, nicht in allen Fällen erfüllt werden kann.

Im Zusammenhang mit der Neugründung sollen die Ganztagshauptschule Achenbach, die Realschule auf der Morgenröthe und die Ganztagsrealschule Am Oberen Schloss in Siegen mit Wirkung vom 1. August 2023 auslaufend, aufgelöst werden. Diese Schulen sollen zum 1. August 2023 keine Eingangsklassen mehr bilden, somit würde das dreigliedrige Schulsystem in Siegen nicht mehr existent sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Siegen eine vielfältige Schullandschaft für unsere Kinder und Jugendlichen erhalten bleibt, um jedes Kind entsprechend seiner Fähigkeiten auch in kleinen Systemen fördern zu können. In der Stadt Siegen benötigen viele Kinder und Jugendliche besondere Unterstützung und Fürsorge. Dafür sind kleine Systeme und kleine Klassen, wie es sie an Haupt- und Realschulen gibt, aus unserer Sicht besonders geeignet. Durch die gute Beziehungsarbeit an diesen Schulen kann auch eine Stabilisierung der zukünftigen Kosten im Sozialbereich der Stadt Siegen erwartet werden.

Vertretungsberechtigte des Bürgerbegehrens:

1. Michael Petin, Stettiner Str. 15, 57072 Siegen
2. Sandra Drößler, Leimbachstr. 236, 57074 Siegen
3. Hermann J. Hellmann, Elbinger Str. 2, 57072 Siegen



Jeweils per Zustellungsnachweis

Herrn Michael Petin, Stettiner Straße 15, 57072 Siegen

Frau Sandra Drößler, Leimbachstraße 236, 57074 Siegen

Herrn Hermann J. Hellmann, Elbinger Straße 2, 57072 Siegen

06.07.2022 ab) 7.7.22

**Antrag auf die Durchführung eines Bürgerbegehrens nach § 26 GO NRW
„Keine Schulschließungen zugunsten einer weiteren Gesamtschule!“**

Sehr geehrter Herr Petin, sehr geehrte Frau Drößler, sehr geehrter Herr Hellmann,

den Eingang Ihres Antrages auf die Durchführung eines Bürgerbegehrens habe ich erhalten und ich bestätige Ihnen auf diesem Wege den Eingang.

Zu Ihrer Information erlaube ich mir, folgende Hinweise zum weiteren Verfahrensgang nach § 26 GO NRW zu geben:

Erfüllt sind bis dato folgende Voraussetzungen:

- Benennung und Unterzeichnung der Vertretungsberechtigten
- Die zur Entscheidung zu bringende Frage des Bürgerbegehrens ist dergestalt formuliert, dass sie sich nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten lässt. Empfehlen möchte ich, bei der Frage noch das Wort „die“ mit aufzunehmen, so dass diese nun etwas konkreter lautet: „Sollen die Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?“
- die Begründung des Bürgerbegehrens

Die notwendige Kostenschätzung habe ich Ihnen als Anlage beigelegt. Gemäß § 26 (3) S.3 GO NRW war die 3-Monatsfrist bis zur Übersendung der Kostenschätzung gehemmt. Mit der Zustellung der Empfangsbestätigung und der beigelegten Kostenschätzung wird die Hemmung jedoch aufgehoben.

Diese Fristhemmung ist nicht zu verwechseln mit der Sperrwirkung nach § 26 (6) GO NRW, wonach diese erst ab der abschließenden Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens durch den Rat eintritt. Bis dahin laufen das Bürgerbegehren und die Umsetzung des Ratsbeschlusses gleichberechtigt nebeneinander her.

Von Ihnen weiterhin vorzulegen sind Unterschriften von mindestens 25 Bürgerinnen und Bürgern, sofern Sie eine Teilzulässigkeitsprüfung anstreben. Ebenso ist es notwendig, sofern auch hier eine Teilzulässigkeitsprüfung erfolgen soll, eine Musterunterschriftenliste vorzulegen, die folgende Anforderungen erfüllen muss:

- Die Liste mit den Unterzeichnenden muss den vollen Wortlaut des Begehrens enthalten, hierzu gehören die zur Entscheidung zu bringende Frage und deren Begründung, die Kostenschätzung und die Vertreterbenennung.
- Bitte achten Sie die zweifelsfreie Erkennbarkeit der Personen, die die Listen unterzeichnen. Dazu

können Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Meldeadresse beitragen.

- Darauf hinweisen möchte ich, dass die Unterzeichnenden die Bürgereigenschaft gem. § 21 (2) GO NRW i. V. m. dem Kommunalwahlgesetz haben müssen.

Sofern Sie nach der Übersendung der Kostenschätzung ohne weitere Teilzulässigkeitsprüfung mit dem Sammeln der Unterschriften beginnen möchten, beachten Sie bitte die Anforderungen an die Unterschriftenlisten wie oben dargestellt.

Empfehlen möchte ich Ihnen, auf jeder Unterschriftenliste einen Hinweis zum Datenschutz zu geben, der folgendes mindestens umfassen sollte:

„Die erhobenen personenbezogenen Daten werden nur zur Durchführung des Bürgerbegehrens verarbeitet und werden unverzüglich vernichtet, wenn sie für das Verfahren nicht mehr benötigt werden.“

Nehmen Sie gerne Kontakt zum Landesdatenschutzbeauftragten auf, der Ihnen sicherlich noch weitere wichtige Hinweise geben kann:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/38424-0
Fax: 0211/38424-999
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Im Hinblick auf die notwendige Anzahl der zu sammelnden Unterschriften verweise ich auf § 26 (4) GO NRW. Danach sind mindestens 4.029 Unterzeichnende notwendig auf Basis der bei der letzten allgemeinen Kommunalwahl festgestellten Anzahl der Wahlberechtigten. Eine Höchstgrenze der zulässigen Unterschriften auf einem Blatt gibt es nicht. Gleichwohl sollten die formalen Vorgaben, wie oben beschrieben, lesbar sein.

Abschließend möchte ich noch auf die Transparenzpflicht nach § 26 a GO NRW und auf die erforderlichen Erklärungen und Versicherungen an Eides hinweisen. Die Norm habe ich dem Schreiben beigelegt.

Die oben angeführten Vertretungsberechtigten erhalten jeweils eine Ausfertigung dieses Schreibens.

Gerne stehen Ihnen mein Büroleiter Johannes Werthenbach oder ich für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. (Faksimile)
Steffen Mues
Bürgermeister

2. 2/1 zur Kenntnis
3. 5/4 zur Kenntnis
4. Z.d.V. – EB wurde durch Frau Teubert und Herrn Hoffmann persönlich zugestellt

Kostenschätzung:**Bürgerbegehren**

„Erhalt der Achenbacher Schule sowie der Realschulen Am Oberen Schloss und Auf der Morgenröthe“

Die nachstehende Kostenschätzung bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2022 und den dazu im Haushaltsplan veranschlagten Aufwendungen für den Betrieb der o.a. Schulen

Allein für das Haushaltsjahr 2022 sind für die **Achenbacher Schule, die Realschule Am Oberen Schloss und die Realschule Auf der Morgenröthe** Aufwendungen in Höhe von insgesamt **4.471.440 €** kalkuliert. Es kann festgehalten werden, dass diese Kosten bei der Fortführung der o.g. Schulen – unter Beibehaltung der jetzigen Standorte und keiner Nutzung durch die Gesamtschule - auch in den Folgejahren im Haushalt der Stadt Siegen eingeplant werden müssen. Sie setzen sich wie folgt zusammen.

<u>Investive Mittel</u> z.B. für Mobiliar, Medienentwicklungsplanung, bewegliches Vermögen und Lehrmittel, ...	394.600,00 €
<u>Konsumtive Mittel</u> u.a. für Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, bilanzielle Abschreibungen, Betriebskosten, ...	4.076.840,00 €
Insgesamt	4.471.440,00 €

Anmerkung:

Zum Gebäudebetrieb im engeren Sinn gehören Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Hausverwaltung, Energieversorgung, Abfallentsorgung, Versicherung der Gebäude. Zuwendungen/Fördergelder wurden nicht berücksichtigt und ausschließlich städtische Eigenmittel ausgewiesen.

Aufwendungen für eine 4. Gesamtschule

Nachrichtlich wird mitgeteilt, dass auch für den Betrieb der 4. Gesamtschule in Siegen Aufwendungen zusätzlich zur oben genannten Kostenkalkulation in den Haushaltsfolgejahren berücksichtigt werden müssen. Wird diese 4. Gesamtschule betrieben, werden, mit Blick auf die im Haushaltsplan 2022 für die drei bestehenden Gesamtschulen hinterlegten Haushaltsansätze, für die neue Gesamtschule Aufwendungen in Höhe von rund 2.320.560,00 €, davon investive Mittel in Höhe 449.300 €, davon konsumtive Mittel in Höhe von 1.871.260 €, geschätzt.

Bei Erhalt der Hauptschule Achenbach und der beiden Realschulen entstehen diese Aufwendungen zusätzlich zu den oben dargelegten Kosten.

Nicht berücksichtigt sind darin Finanzmittel für etwaige bauliche Anpassungen, wenn weitere Räumlichkeiten (Klassen- und Fachräume) am Standort Rosterberg notwendig werden, sofern der Standort in Achenbach weiterhin der Hauptschule Achenbach und nicht wie vom Rat beschlossen der neuen Gesamtschule zur Verfügung steht. Ebenso wenig sind in die Kostenschätzung Aufwendungen für eine möglicherweise ergänzende Erstausrüstung mit Mobiliar, Lehr- und Lernmittel einkalkuliert.

Wie auch in der Kostenschätzung für die Hauptschule Achenbach und den beiden Realschulen wurden die Aufwendungen für den Gebäudebetrieb (u.a. Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Hausverwaltung, Energieversorgung Abfallentsorgung, Versicherung der Gebäude) aus dem gebuchten Haushaltsjahr 2020 entnommen. Zuwendungen/Fördergelder bleiben ebenso unberücksichtigt. Ausgewiesen werden ausschließlich städtische Eigenmittel.